

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 14.12.2022

Anfrage Nr.: 0096/2022/FZ
Antragsteller: Stadtrat Bartsch
Anfragedatum: 28.11.2022

Betreff:

Eine Art von Remonstration

Schriftliche Frage:

Unter dem Titel »Kein „weiter so“: Eine Art von Remonstration« haben die Oberbürgermeister, die Bürgermeister sowie der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises einen gemeinsamen offenen Brief an die Bundes- und Landespolitiker verfasst (<https://dossenheim.de/2022/11/04/kein-weiter-so-eine-art-von-remonstration/>).

Darin werfen sie den Landes- und Bundespolitikern fehlende Erfahrung in der Verwaltungsarbeit und Kommunalpolitik vor – die „Bodenhaftung“ sei verloren gegangen.

Die „dürftigen Ergebnisse des letzten Flüchtlingsgipfels“ seien „der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt“. „Gravierende Probleme [würden] einfach auf die unteren Verwaltungsebenen wegdelegiert“. Die Mitarbeiter seien „schlicht am Ende ihrer Kräfte“. Die Kommunen sollen vor Ort „das Klima und nebenbei auch noch die Demokratie retten“. Die Kommunen seien „schlichtweg nicht mehr dazu in der Lage“, „die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen“. Der Staat würde „zunehmend als dysfunktional wahrgenommen“. Und weiter „Unser demokratisches System wird von immer mehr Bürgern als zur Lösung der drängendsten Probleme unfähig abgelehnt.“

1. War der Stadt Heidelberg, respektive dem Oberbürgermeister, die Initiative zu diesem offenen Brief aus dem RNK vor Veröffentlichung bekannt?
2. Wurde dem Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg offeriert, den Brief mitzuzeichnen? Wenn ja, aus welchen Erwägungen hat man sich gegen eine Mitzeichnung entschieden?

3. Welche der sieben „Forderungen“ des offenen Briefes teilt die Stadt Heidelberg (vgl. Seite 4 von 9 unten <https://dossenheim.de/wp-content/uploads/2022/11/Eine-Art-von-Remonstrations-Seite-3-9.pdf>) und welche nicht? (Bitte zu allen 7 Forderungen einzeln antworten und begründen, warum sie geteilt, respektive nicht geteilt werden)
4. Welche der sechs „konkreten Forderungen“ des offenen Briefes teilt die Stadt Heidelberg (vgl. Seite 5 von 9 oben <https://dossenheim.de/wp-content/uploads/2022/11/Eine-Art-von-Remonstrations-Seite-3-9.pdf>) und welche nicht? (Bitte zu allen 6 konkreten Forderungen einzeln antworten und begründen, warum sie geteilt, respektive nicht geteilt werden)
5. Teilt die Stadt Heidelberg die im offenen Brief geäußerte Ansicht, dass die Ergebnisse des letzten Flüchtlingsgipfels dürftig sind?
6. Trifft die im offenen Brief geäußerte Ansicht: „Für die menschenwürdige Unterbringung von zusätzlichen Flüchtlingen ist in unseren Städten und Gemeinden einfach kein Platz mehr da; bezahlbarer Wohnraum fehlt ja heute schon überall.“ auch auf die Stadt Heidelberg zu?
7. Sind die Mitarbeiter der Stadt Heidelberg „Nach den zahlreichen Krisen der letzten Jahre – Corona, Flüchtlinge, Gasmangellage“ ebenfalls „schlicht am Ende ihrer Kräfte“?
8. Trifft die im offenen Brief geäußerte Ansicht, dass die Kommunen „schlichtweg nicht mehr dazu in der Lage“ sind, „die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen“ auch auf die Stadt Heidelberg zu?
9. Teilt die Stadt Heidelberg die im offenen Brief geäußerte Ansicht, dass „der Staat zunehmend als dysfunktional wahrgenommen“ wird?
10. Teilt die Stadt Heidelberg die im offenen Brief geäußerte Ansicht, dass „unser demokratisches System“ „von immer mehr Bürgern als zur Lösung der drängendsten Probleme unfähig abgelehnt“ wird?

Antwort:

Natürlich stellt die Unterbringung von geflüchteten Menschen, gerade mit Blick auf die noch anstehenden Wintermonate, für die Städte in Deutschland eine enorme Herausforderung dar. Die Stadt Heidelberg ist jedoch insoweit in einer Sondersituation als sie aufgrund des Ankunftsentrums in PHV von der Aufnahme von Asylbewerbern befreit ist. Von daher ist die Lage in Heidelberg nur bedingt vergleichbar mit der in anderen Kommunen.

Ungeachtet dessen erwartet auch die Stadt Heidelberg einen geregelten Verteilmechanismus und verlässliche Aussagen von Bund und Land dazu, wie die Kommunen von den finanziellen Folgekosten der Aufnahme von Geflüchteten entlastet werden sollen.

Die Initiative ‚Kein „Weiter-so“: Eine Art von Remonstration‘ geht vom Gemeindetag Baden-Württemberg aus. Der gemeinsame offene Brief der Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie des Landrats des Rhein-Neckar-Kreises richtet sich an die Bundesregierung, Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg. Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg teilt Teile der Forderungen dieser Initiative und wird diese über den Deutschen Städtetag thematisieren.